

# Der Zukunftsvertrag

Göttingen: Vorschläge der Verwaltung in der Bewertung der Bürger und Betroffenen, Teil 2

## Mit Demonstration

Verein plant alternatives Freibad-Sanierungskonzept

Im Rahmen des von der Göttinger Stadtverwaltung vorgelegten Entwurfs eines Entschuldungshilfeprogramms ist beabsichtigt das Weender Freibad zu schließen. Die Stadt verspricht sich hieraus jährliche Einsparungen von 120.000 Euro. Der Förderverein Freibad Weende ist der Meinung, dass eine Schließung des Bades nicht nur erhebliche Auswirkungen auf die Lebensqualität in Weende hat, sondern vielmehr auch gravierende Folgen für den gesamten Norden der Stadt.

Der Förderverein Freibad Weende e.V. will sich dafür einsetzen, dass das Weender Freibad mit ganzjährigem Nutzungskonzept von mehr Bürgern genutzt wird. Es ginge dabei aber nicht dar-

um, das Freibad für 4,5 Millionen Euro zu sanieren, der Förderverein will hierzu ein alternatives Sanierungskonzept in Kürze vorstellen. Bei einer so weitgehenden Entscheidung für die Stadt und den Stadtteil wäre es aber in jedem Fall angezeigt gewesen, die Bürgerinnen und Bürger nicht erst „5 vor 12“ zu beteiligen und Alternativen zu suchen. „Wir leben in Zeiten, in denen gespart werden muss, dies dürfte jedem bekannt sein. Warum aber soll man auch vor dem Hintergrund der aktuell laufenden Sportentwicklungsplanung Sportflächen, die man in ein paar Jahren teuer wieder aufbauen müsste, beseitigen?“, so Frank Oettler, Sprecher des Fördervereins. „Mit bürgerschaftli-

chem Engagement und der Unterstützung einer ganzen Reihe von Firmen, die schon ihre Unterstützung signalisiert haben, wird ein, wenngleich vielleicht veränderter, Fortbestand des Weender Freibades möglich sein und zwar ohne dafür andere Freibäder zu schließen! Es muss für Göttingen darum gehen mindestens die vorhandenen Sportflächen zu erhalten.“ Um dem Ansinnen des Fördervereins Nachdruck zu verleihen, wird am **Mittwoch, 7. März, ab 18 Uhr** eine Demonstration stattfinden. Sie beginnt auf dem Parkplatz vor dem Weender Freibad und wird dann über die Hannoversche Straße und die B27 (An der Lutter) zum Parkplatz Eichweg führen. bb

## „Frei gegriffen“

Göttingen: KUNST lehnt Entwurf für Sparmaßnahmen ab

Der Verein KUNST (Kultur Unterstützt Stadt e.V.) lehnt den von der Verwaltung vorgelegten Entwurf für Sparmaßnahmen im Rahmen eines sog. Zukunftsvertrages ab. Besonders betroffen seien das GSO, das Deutsche und das Junge Theater sowie die soziokulturellen Zentren KAZ und musa:

„Das Zahlenwerk wirkt frei gegriffen und nicht nachvollziehbar. Die betroffenen Träger der Kultureinrichtungen erklären, dass die Sparvorschläge nicht mit ihren Haushaltsansätzen übereinstimmen. Mit keiner der Einrichtungen ist das Kürzungsszenario zuvor besprochen worden. Inhalte und Angebote der betroffenen Einrichtungen finden in den Sparvorschlägen der Verwaltung keine ausreichende Berücksichtigung. Die betroffenen Kultureinrichtungen lehnen die von der Verwaltung ins Auge gefassten Fusionen mit der Aufgabe der eigenen Identität ab.“

Der Verein KUNST fordert, dass alle Einrichtungen in der Qualität und der Breite ihres Angebotes erhalten werden. Der Entschuldungsplan, wenn er so umgesetzt wird, zieht eine Verarmung der Kulturlandschaft in Göttingen nach sich. Denn er bedeutet die Zerstörung zahlreicher gewachsener Kooperationen und Netzwerkstrukturen, die den Erfolg einer integrierten Kulturarbeit mit den unterschiedlichsten Bereichen und Multiplikatoren, auch mit Schulen oder sozialen Einrichtungen, ermöglichen(ten).

Die Politiker des Rates sind gefordert, sich umfassend und inhaltlich mit der Kulturarbeit der Einrichtungen auseinander zu setzen und Einfluss auf die nicht durchführbaren Kürzungsempfehlungen der Verwaltung zu nehmen.

Die Politiker sind als Vertreter der Göttinger Bevölkerung mit dem Ziel in den Rat gewählt worden, das kulturelle und soziale Leben in Göttingen zu erhalten. Des-

halb fordert KUNST intensive Gespräche mit den betroffenen Institutionen, um im Bereich der Politik inhaltlich fundierte Entscheidungen treffen zu können. Wenn beim Abschluss eines Vertrages mit dem Land beim prozentualen Anteil der freiwilligen Leistungen am Gesamtetat eine 3 vor dem Komma stehen muss, dann lautet die maximal mögliche Ziffer 3,99 Prozent und nicht 3,87 Prozent. Hier sind finanzielle Spielräume mit dem Land nicht ausverhandelt worden, obwohl allein das bedeutet, dass 2013 über 400.000 Euro weniger bei sozialen und kulturellen Leistungen gekürzt werden müssten als von der Verwaltung geplant. Es gibt also keinen Grund Einrichtungen und Initiativen kaputt zu sparen. Die Verwaltung und insbesondere die Politik müssen sich an die Arbeit machen mit dem Ziel, die Lebensqualität und das kulturelle und soziale Angebot in Göttingen auch als attraktives Oberzentrum der Region zu erhalten.“

## Mehr Widerspruch!

Standorte: Keine Zusammenlegung von KAZ und musa

Das KAZ und die musa lehnen entschieden ihre Fusion ab. Die Verantwortlichen der musa sprechen sich für den Erhalt des soziokulturellen Zentrums KAZ aus. Sowohl der Standort als auch der Verein des KAZ sollen eigenständig bestehen bleiben.

Die musa wird einer Fusion mit dem KAZ nicht zustimmen, wie es die Verwaltung der Stadt Göttingen in ihrem Entwurf für Sparmaßnahmen im Rahmen des Entschuldungsprogrammes vorsieht.

Die musa und das KAZ seien zwei grundsätzlich unterschiedlich organisierte und verwaltete soziokulturelle Zentren mit unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten, „nur weil Soziokultur drauf steht, ist nicht das Gleiche drin“.

Mit über 23.000 Besuchern und Nutzern im Jahr und rund 400 Vereinsmitgliedern ist das KAZ ein lebendiges Kulturzentrum, das gerade im Bereich der kulturellen Bildung viele Angebote für Kinder, Jugendliche und Men-

schon mit Migrationshintergrund macht.

Neben der Erfüllung ihres soziokulturellen Auftrags für Göttingen und den Landkreis Göttingen setzt die musa ihre Schwerpunkte in der Stadteitarbeit und der Musikförderung. Hinzu kommt das Management eines großen Veranstaltungsbetriebes mit 280 Veranstaltungen im Jahr. Die musa wird jährlich von 100.000 Besucherinnen und Besuchern für ihre Freizeitaktivitäten genutzt. bb

## „Knebelvertrag ad acta legen“

Göttingen: Linke Ratsfraktion kritisiert Kürzungspläne

Kirchturmpolitik und Spaltungsversuche durch die Grünen stoppen – Zukunftsnebelvertrag endlich ad acta legen, das fordert die Fraktion der LINKEN im Göttinger Rathaus.

Die jüngste Berichterstattung über Einsparvorschläge im Rahmen des Abschlusses des sogenannten ‚Zukunftsvertrages‘ bestätigte die Befürchtungen der LINKEN im Rat der Stadt Göttingen, dass Politiker der Grünen, SPD, CDU und FDP begännen, Einrichtungen gegeneinander auszuspielen und Eigeninteressen in den Vordergrund zu stellen.

„Der Vorschlag des Grünen Weender Ortsbürgermeisters Vaupel, statt des Weender Freibads doch die Schließung des Freibads am Brauweg in Erwägung zu ziehen, steht für eine unverantwortliche Kirchturmpolitik. Verantwortungsvollen Kommunalpolitikern muss es darum gehen, bestehende Einrichtungen zu

verteidigen und nicht nur die vor seiner Haustür zu schützen! Solche Positionen sind provinziell“, so der Landtagsabgeordnete und finanzpolitische Sprecher der GÖLINKE Ratsfraktion, Patrick Humke. Die Unterstützer des „Zukunftsvertrages“ (so genannte Entschuldungshilfe) hätten auch unter anderem bereits mit der radikalen Kürzung der Mittel für Pro Familia bewiesen, dass sie Einrichtungen gegeneinander ausspielten. Die wichtigen Aufgaben von Pro Familia – als einziger nicht konfessionell gebundener Beratungsstelle – können nicht ohne Weiteres der Evangelischen Familienberatungsstätte übertragen werden. Nach dem gleichen System werde am deutlichsten mit dem KAZ und dem Jungen Theater umgegangen. „Die Befürworter haben entgegen aller Versprechungen im Kommunalwahlkampf ihre Masken fallen gelassen und zerschlagen im Ergebnis wichtige und erfolg-

reiche Einrichtungen wie Pro Familia, das KAZ, den Frauen Notruf oder das Junge Theater, die alle künftig nicht in der gewohnten und nötigen Form ihre Arbeit fortsetzen können, wenn die Kürzungsvorschläge umgesetzt werden. „Ich habe diese Vorschläge bereits im April 2011 öffentlich gemacht. Leider ist es mit der Beschwichtigungs- und Lügenpolitik von SPD, Grünen, CDU und FDP gelungen, die Einrichtungen und Projekte seinerzeit ruhig zu halten. Wir LINKE werden das Thema aber nicht ruhen lassen“, so Humke. Die GÖLINKE-Ratsfraktion werde auch weiterhin wie bisher über den Ratstermin hinaus über die Folgen der radikalen Kürzungen vor allem in den Bereichen Soziales, Kultur und Sport berichten und ihre Politik für eine soziale Gerechtigkeit führen. Die LINKEN stünden fest an der Seite der betroffenen Einrichtungen und Projekte. bb

## Soziale Aspekte beachten

Göttingen: Haus- und Grundeigentümer protestieren

Die Interessenvertretung der Haus- und Grundeigentümer in Göttingen und Umgebung protestiert gegen die von der Verwaltung vorgeschlagene Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B um 30 bzw. 60 Hebesatzpunkte auf 560 bzw. 590 Hebesatzpunkte.

„Grundsätzlich wird befürwortet, dass die Stadt Göttingen Sparmaßnahmen einleitet und Möglichkeiten der Schuldenübernahme durch das Land Niedersachsen prüft“, so Susanne Et-Taib von H + G Göttingen. „Dieses insbesondere, da ohnehin im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) erhebliche Einsparungen für die nächsten Jahre erforderlich werden – und dieses ohne Verringerung der Kredite und entsprechenden Zinslasten kaum möglich sein wird.“

Im Auge behalten werden müsse dabei jedoch unbedingt die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt, so Et-Taib. „Aus diesem Grunde bitten wir Sie als die gewählten Bürgervertreter dringend, von einer Erhöhung der Grundsteuer abzusehen. Zum einen sind Gebührenerhöhungen kontraproduktiv für die Entwicklung unserer Stadt. Die Belastungen der Immobilieneigentümer und Mieter durch die in den letzten Jahren immens gestiegenen Betriebskosten sind nicht mehr zumutbar. Weitere Belastungen hemmen Investitionen in zum Beispiel energetische Gebäudesanierungen und damit die Erreichung der Klimaschutzziele unserer Stadt. Investitionshemmnisse führen zu Auftragsrückgängen bei den regionalen Handwerksbetrieben, behindern die Entwicklung des Gewerbes, mindern damit letztlich Gewerbesteuererinnahmen.“



Auch den Haus- und Grundeigentümern gefallen die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen nicht. Foto: Wenzel

Die – oft historischen – Gebäude Göttingens stünden ganz überwiegend im Privateigentum. Private Immobilieneigentümer schaffen und erhalten – und dieses mit erheblichen eigenen Mitteln – Wohnraum und attraktive Gewerbeflächen in der Innenstadt. Weiterhin finanzierten sie durch Straßenbaubeiträge die Sanierung der Stadt bereits im erheblichen Umfang mit und tragen zusätzlich immense Kosten der Kanalsanierung.

Die Immobilieneigentümer leisteten also – über Gebühr – bereits ihren Anteil an der Erhaltung einer attraktiven Stadt Göttingen. Doch dies bedürfe der Unterstützung der Stadt – zum Beispiel durch die Generierung von weiteren Fördermitteln – statt mit Gebührenerhö-

hungen weiteren Belastungen ausgesetzt zu sein. Von großer Bedeutung sei es ferner, dass die Erhöhung von Nebenkosten auch die Mieter betreffe. Oberbürgermeister Meyer und andere Persönlichkeiten der Stadt hätten immer wieder ausdrücklich betont, dass der Erhalt von attraktivem und bezahlbarem Wohnraum für die Stadt Göttingen von großer Wichtigkeit sei und mit Stolz darauf verwiesen, dass alle lokalen Akteure der Wohnungswirtschaft – auch die Privateigentümer – in unserer Stadt nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiteten, um Entwicklungschancen in Göttingen zu verwirklichen. Hierbei gehe es nicht nur um wirtschaftliche Aspekte – auch soziale Aspekte spielen dabei eine große Rolle.

Mehr zum Thema Zukunftsvertrag findet man unter [www.zukunftsvertrag.goettingen.de](http://www.zukunftsvertrag.goettingen.de)